III. *Karriereverweigerungen und Karrierebrüche*

In der DDR bestand ein wirkungsvoller Mechanismus zur Karriereerschwernis bis Karriereverweigerung für diejenigen, welche die politischen Erwartungen und Vorgaben nicht erfüllten. Es begann bereits in der Schule, erfaßte die Phase der politischen Sozialisation und führte zur Verweigerung von Berufsperspektiven bis zu Karrierebrüchen.

1. *Bildungserschwernis und Bildungsverweigerung*

Unter HONECKER wurden strukturelle Veränderungen im Bildungswesen vorgenommen, die nicht nur die Neuzulassungen zu Hoch- und Fachschule drosselten, sondern die obendrein sicherstellten, daß politische Non-Konformisten fast keine Chance erhielten, eine höhere Bildung zu bekommen.[67] Das Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem wurde zwar schon unter ULBRICHT am 25. Februar 1965 verabschiedet, aber nicht in der Rigorosität wie unter HONECKER angewandt. ULBRICHT kam es darauf an, die Lücken an Fachkräften möglichst bald wieder zu schließen, die durch deren Flucht in den Westen bis zum Mauerbau 1961 entstanden waren.

Wer in der DDR zur Oberschule und somit zum Abitur zugelassen werden wollte, das nur an einer staatlichen Oberschule abgelegt werden konnte, mußte in der Regel außer mit einem sehr guten Notendurchschnitt in der 8. Klasse auch mit einer gute Beurteilung seiner gesellschaftlichen Tätigkeit aufwarten und die soziale Herkunft aus der Arbeiterklasse aufweisen. Gute Noten konnte man aber nur erreichen, wenn man auch die Ideologisierung des Unterrichtsstoffs akzeptierte und beherrschte. Beonders zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang das politische Fach Staatsbürgerkunde, das der vormilitärischen Ausbildung dienende Fach Wehrkunde in der Oberstufe und das vom historischen Materialismus durchdrungene Fach Geschichte. Was die soziale Herkunft betrifft, so hatte ein Vater, der selbst einmal Arbeiter und später von seinem Betrieb zum Studium delegiert worden war und so in die Schicht der Intelligenz aufgerückt ist, große Schwiergkeiten, wenn er seinen Sohn oder seine Tochter studieren lassen wollte.[68]

Die zahlenmäßige Zulassung zur Oberschule durfte den geplanten Bedarf an Intelligenzlern nicht übersteigen. Sie setzte obendrein nicht nur ein Mindestmaß an Loyalität gegenüber der DDR voraus, sondern darüber hinaus politisches Engagement für die Sache des Sozialismus. Dazu reichte nicht

67 WATERKAMP 1988: 531–543.
68 Ausführlicher in: SCHNEIDER 1977b: 76–89.

die nahezu selbstverständliche Mitgliedschaft in der sozialistischen Kinderorganisation „Junge Pioniere“ und anschließend in der sozialistischen Jugendorganisation „Freie Deutsche Jugend“ sowie die Teilnahme an der betont atheistischen Jugendweihe statt an der Konfirmation bzw. Erstkommunion und Firmung.

Der angehende Oberschüler mußte überdies durch politische und/oder soziale Aktivitäten in seiner Freizeit nachgewiesen haben, daß er sich der Tatsache bewußt ist, Mitglied eines großen sozialistischen Kollektivs zu sein. Besonders positiv wurde die Absolvierung der vormilitärischen Ausbildung in der „Gesellschaft für Sport und Technik“ vermerkt.

Diese Kriterien waren erneut bei der Zulassung zum Studium maßgebend. Wer sie in irgendeinem Punkte nicht erfüllte, konnte allerdings auf Umwegen doch noch zum Abitur und zu einem Studienplatz kommen: Er mußte eine dreijährige Berufsausbildung mit Abitur in einem Volkseigenen Betrieb absolvieren und dann daraufhinarbeiten, daß ihn sein Betrieb zum Studium delegiert. Es fällt z. B. auf, daß viele Bundestagsabgeordnete aus den neuen Bundesländern eine solche dreijährige Berufsausbildung mit Abitur durchlaufen haben. Die Jungen hatten außerdem noch die Möglichkeit, sich durch eine dreijährige Verpflichtung zur Nationalen Volksarmee einen Studienplatz zu erdienen. Wer trotzdem keinen Studienplatz erhielt oder wer das in allen Studiengängen verbindliche Examensfach Marxismus-Leninismus nicht ertragen wollte, dem blieb – wenn er eine höhere Bildung erreichen wollte – nur das Studium der Theologie an den verschiedenen kirchlichen Hochschulen. So ist das Studienfach Theologie bei Mandatsträgern der neuen Bundesländer nicht so selten wie in den alten Bundesländern.

2. *Parteimitgliedschaft*

Alle Leitungsfunktionen wurden in der DDR auf der jeweiligen Ebene in einer zweistufigen Liste geführt. Die wichtigeren Positionen durften nur von SED-Mitgliedern besetzt werden und standen auf der Liste der Nomenklaturfunktionen. Solche Listen gab es auf allen Ebenen. Zu diesen Leitungspositionen der unteren Ebene gehörte z. B. bereits die Funktion eines Schuldirektors. Die politisch weniger bedeutenden Karrierepositionen konnten zwar auch an einen Parteilosen vergeben werden, bedurften aber der Zustimmung der SED. Auf einer zweiten Liste, der Kadernomenklatur, wurden auf der jeweiligen Ebene die Namen derjenigen SED-Mitglieder geführt, die für Führungsaufgaben vorgesehen waren. Wer auf dieser Liste stand, gehörte zur Nomenklatur.

Nomenklatur ist nach dem vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen herausgegebenen „DDR-Handbuch“ die Bezeichnung für das „Verzeichnis von Führungspositionen in Partei, Staat und Gesellschaft“. Auf diese

Weise werden alle wichtigen Funktionen und Personen in der DDR erfaßt und nach Leitungsebenen und -bereichen geordnet.[69] Diese Nomenklaturfunktionen als „politische und ökonomische Schlüsselfunktionen“ auf ihrer Ebene waren mit „besonders bewährten und qualifizierten Kadern“ zu besetzen.[70] Im Bereich der SED wurde die Nomenklatur bereits 1949 eingeführt, später auf alle Leitungsbereiche von Staat und Gesellschaft der DDR ausgedehnt.[71]

Die Nomenklatur ordnete Funktionsträger unterschiedlicher Apparate auf den verschiedenen Leitungsebenen hierarchischen Nomenklaturstufen zu. Damit wurde zugleich der Stellenwert der jeweiligen Funktion in der Leitungsebene festgelegt. Das Zentralkomitee gehörte zur höchsten Nomenklaturstufe der Partei, der des Politbüros. Zur Politbüro-Nomenklatur zählten im Parteiapparat ferner die ZK-Sekretäre sowie die Ersten SED-Bezirkssekretäre und im Staatsapparat die Mitglieder des Staatsapparats sowie des Ministerrats.[72]

Auf der jeweiligen Nomenklaturstufe wurde über die personelle Besetzung der ihr zugeordneten Nomenklaturfunktionen entschieden. Das besagte, daß jeweils das Politbüro, dem auch der ZK-Sekretär für Parteiorgane angehört, die personelle Zusammensetzung des Zentralkomitees festlegte. Das Zentralkomitee führte seinerseits die Nomenklatur im Parteiapparat für die ZK-Abteilungsleiter und deren Stellvertreter, für die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen und die Ersten Sekretäre der SED-Kreisleitungen, im Staatsapparat für die Minister, deren Stellvertreter, für die Vorsitzenden der Räte der Bezirke, deren Erste Stellvertreter, für die Mitglieder der Räte der Bezirke sowie für die Vorsitzenden der Räte der Kreise und im Wirtschaftsapparat für die Generaldirektoren und die Direktoren der Großbetriebe.[73] Das bedeutete in der Praxis: Wenn eine Leitungsfunktion mit einem SED-Mitglied besetzt werden mußte, wurde dessen Namen der Nomenklaturliste entnommen. Wenn von dem kleinen Proporz an Leitungsfunktionen für die willfährigen Blockparteien einmal abgesehen wird, konnte niemand Leitungsaufgaben wahrnehmen, der nicht in der SED war.

Wenn man nicht der SED angehören wollte, aber trotzdem nicht völlig auf Karrierechancen verzichten wollte, mußte man wenigstens einer der mit der SED befreundeten Parteien angehören. Die Führungen der DDR-Blockparteien CDU, LDPD (Liberal-Demokratische Partei), DBD (Demokratische Bauernpartei Deutschlands) und NDPD (National-Demokratische Partei Deutschlands) spielten politisch – wie auch ihre Parteien – keine Rolle. Der vom SED-Regime unter Hausarrest gestellte Kommunist Robert HAVEMANN charakterisierte sie 1976 folgendermaßen: „... die anderen Parteien sind ja

69 BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN 1985: Band 2 M-Z, 945.
70 NEUGEBAUER 1987: 70 f.
71 GLAESSNER 1977: 239 ff.
72 GLAESSNER 1977: 240.
73 GLAESSNER 1977: 240.

gewissermaßen nur Büros (der SED), versehen nur mit eigenen Firmenstempeln.“[74]

Die Blockparteien mußten Anfang der 50er Jahre den politischen Führungsanspruch der SED anerkennen und für den Aufbau des Sozialismus eintreten. Ihre eigenen Parteiprogramme aus den späten 40er und frühen 50er Jahren mußten sie außer Kraft setzen. An ihre Stelle traten Statuten oder Satzungen, die vorwiegend parteiorganisatorische Fragen behandelten. Jede Aufnahme eines neuen Parteimitglieds bedurfte in der Spätphase-Honecker der Bestätigung durch die örtlichen SED-Gremien. Die SED wies jeder Blockpartei eine Zielgruppe zu. Arbeitern war die Mitgliedschaft in einer Blockpartei verboten. Eine Ausnahme bildete lediglich die CDU, die christliche Arbeiter aufnehmen durfte. Ebenso war es den Blockparteien untersagt, aktive Offiziere der Schutz- und Sicherheitsorgane aufzunehmen.

In der SED-Werteskala bestand nach Peter Joachim LAPP[75] folgende politische Rangfolge der Blockparteien:

1. die „Christlich-Demokratische Union Deutschlands“ (CDU), weil sie die für die SED wichtigste Bevölkerungsgruppe der Christen für die SED gewinnen soll,
2. die „Liberal-Demokratische Partei Deutschlands“ (LDPD), weil sie die zunehmend an Bedeutung gewinnende Zielgruppe der Kleingewerbler, Handwerker und Intelligenzler vertritt,
3. die „Demokratische Bauernpartei Deutschlands“ (DBD), welche die mit der Arbeiterklasse befreundete Klasse der Genossenschaftsbauern vertrat, aber nicht allein, denn dafür gab es auch andere Organisationen, die von der SED für diesen Zweck instrumentalisiert werden konnten,
4. die „National-Demokratische Partei Deutschlands“ (NDPD) war die „bürgerliche Partei“ der DDR mit dem problematischsten Selbstverständnis, weil sie über keine spezielle Zielgruppe mehr verfügte. Ihre ehemalige Zielgruppe der von Angehörigen der NSDAP und der Wehrmacht war weggestorben. So versuchte die NDPD, sich die Zielgruppe der Kleingewerbler und Handwerksmeister mit der LDPD zu teilen.

Auch wenn die Blockparteien eine „politische Nischenfunktion“ hatten, so blieb ihnen doch auf allen Ebenen ein kleiner Proporz von Leitungspositionen bis in die höchsten Staatsorgane, die von der SED politisch besonders zuverlässigen und willfährigen Blockparteifunktionären vergeben wurden. Dieser Proporz bewegte sich bei 10 %, und zwar sowohl im Ministerrat als auch in der Volkskammer der DDR.[76]

74 Zitiert nach: LAPP 1988: 7.
75 LAPP 1988: 147 ff.
76 LAPP 1988: 79 ff., 149.

3. *Karrierebrüche*

Wer der politischen Linie des Generalsekretärs im Zentralkomitee widersprach, mußte mit Karrierebrüchen bis hin zu seiner Inhaftierung rechnen. Beispiele gibt es unter ULBRICHT und unter HONECKER.

a) *Unter Ulbricht*

Die ersten Karrierebrüche von SED-Führungsmitliedern aus politischen Gründen erfolgten bereits 1950. Paul MERKER, Mitglied des SED-Parteivorstandes und Staatssekretär im Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, sympathisierte zusammen mit verschiedenen SED-Funktionären mit dem titoistischen „Sonderweg zum Sozialismus“.[77]. 1950 mußte er seine Funktionen aufgeben und die Leitung einer HO-Gaststätte in Luckenwalde übernehmen. 1952 wurde als „feindlicher Agent“ und „Subjekt der USA-Finanzoligarchie“ verhaftet. Er soll Verbindung mit dem angeblichen US-Agenten Noel FIELD gehabt haben, dessen Beschuldigung im Budapester Schauprozeß 1949 eine zentrale Rolle spielte. Später wurden diese Anklagen offiziell als Fälschung entlarvt.[78] Erst 1955 kam es zu einem Geheimprozeß vor dem Obersten Gericht der DDR, zwei Jahre nach dem Tode Stalins.

Bis zu seinem Lebensende blieb es MERKER, wie er später feststellte, unfaßbar, daß er für sein „von politischen und nationalen Erwägungen sowie von Gefühlen der Menschlichkeit diktiertes Auftreten gegen den Antisemitismus“ – er war selbst kein Jude – und für sein „von denselben Erwägungen diktiertes Eintreten für die jüdischen Menschen... von einer sozialistischen Justiz des Verrats an der Arbeiterklasse... angeklagt und eingekerkert werden würde“. Nach 28 Monaten Untersuchungshaft verurteilte ihn das Oberste Gericht zu acht Jahren Zuchthaus. Ein Jahr später sprachen dieselben Richter desselben Gerichts MERKER frei.[79] MERKER wurde parteioffiziell nicht rehabilitiert und war bis zu seinem Tode 1969 Lektor im Berliner Verlag „Volk und Wissen“.

Alexander ABUSCH, Mitglied des SED-Parteivorstandes und hauptamtlicher ZK-Mitarbeiter, mußte sich 1950 wegen der MERKER-Affaire aus allen Funktionen zurückziehen. Erst 1956 wurde er wieder in das Zentralkomitee als Mitglied aufgenommen und 1954 Stellvertretender Kulturminister, 1956 Staatssekretär im Kulturministerium, von 1958 an Kulturminister und 1961 Stellvertretender Regierungschef der DDR. 1982 gab er die Regierungsfunktion auf und war bis zu seinem Tod 1982 Mitglied des Kulturausschusses der Volkskammer.

77 LUDZ 1968; 174. HODOS 1988: 191–195.
78 WEBER 1989: 6.
79 SPITTMANN/HELWIG 1991: 136.

Ein anderes Opfer der MERKER-Affäre war Hans MÄHLE, dessen richtiger Name Heinrich August Ludwig MAHLMANN lautete. Er wurde 1911 in Hamburg geboren und war im Dritten Reich Bezirksleiter des kommunistischen Jugendverbandes im Ruhrgebiet. Später emigrierte er in die Sowjetunion und wurde dort leitender Mitarbeiter des Nationalkomitees „Freies Deutschland". Nach seiner Rückkehr nach Deutschland 1945 war er Intendant des Berliner Rundfunks und 1947 Generalintendant der SBZ-Sender. 1951 mußte er diese Funktion und seine Mitgliedschaft im SED-Parteivorstand aufgeben und sich mit der Funktion eines Werbeleiters der Konsumgenossenschaften im Kreis Schwerin zufriedengeben. 1954 stieg er dann zum Chefredakteur des SED-Bezirksorgans „Schweriner Volkszeitung" auf und wurde 1959 in seiner späteren Funktion als Chefredakteur der damals in Berlin (West) erschienenen SEW-Zeitung „Die Wahrheit" Mitglied der SED-Bezirksleitung Berlin.

Als nach Stalins Tod im Frühjahr 1953 die Sowjetunion die ersten Schritte zur Abkehr vom Stalinismus unternahm, drängte eine Gruppe in der SED unter Führung der vom KGB-Chef Lawrentij BERIJA unterstützten Spitzenfunktionäre ZAISSER und HERRNSTADT auf eine Änderung der Parteilinie und die Ablösung ULBRICHTs. ULBRICHT nutzte den Aufstand des 17. Juni 1953, der ihn eigentlich stürzen sollte, um seine Position zu stärken. Nun fürchtete die Sowjetunion Experimente.[80] Die *Politbüro-Mitglieder* Franz DAHLEM, ZK-Sekretär, und Wilhelm ZAISSER, Minister für Staatssicherheit, die *Politbüro-Kandidaten* Rudolf HERRNSTADT, Chefredakteur des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland", Hans JENDRETZKY, Erster Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin und Elli SCHMIDT, die erste Vorsitzende des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands, sowie die *ZK-Mitglieder* Max FECHNER, Justizminister, und Anton ACKERMANN, Staatssekretär im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, verloren ihre Partei- und staatlichen Funktionen. FECHNER wurde als „Feind des Staates und der Partei" verhaftet, weil er die Arbeiter für nicht strafbar erklärte, die zu Beginn des Aufstandes am 17. Juni 1953 ihr verfassungsmäßig garantiertes Streikrecht ausgeübt haben.[81] ACKERMANN, dessen richtiger Name Eugen HANISCH war, DAHLEM, JENDRETZKY und Elli SCHMIDT erhielten 1954 eine strenge Parteirüge. FECHNER und HERRNSTADT wurden sogar 1953 bzw. 1954 aus der SED ausgeschlossen.

Im Zuge der Entstalinisierung wurden 1956 FECHNER amnestiert und aus der Haft entlassen sowie JENDRETZKY, ACKERMANN, Elli SCHMIDT und DAHLEM rehabilitiert. ACKERMANN stieg 1958 zum Stellvertretenden Vorsitzender der Staatlichen Plankommission auf, JENDRETZKY 1960 zum Minister und Leiter der Zentralen Kommission für staatliche Kontrolle und

80 WEBER 1971: 17. FRICKE 1984: 105–112.
81 FRICKE 1984: 99.

DAHLEM 1967 zum Stellvertretenden Minister für Hoch- und Fachschulwesen. DAHLEM und JENDRETZKY wurden sogar 1957 wieder in das ZK als Mitglieder aufgenommen. Nicht rehabilitiert wurden dagegen ZAISSER und HERRNSTADT. ZAISSER wurde Mitarbeiter im SED-offiziellen Dietz-Verlag und später des ZK-Institut für Marxismus-Leninismus in Berlin. HERRNSTADT wurde in der Merseburger Zweigstelle des Deutschen Zentralarchivs beschäftigt.

Nach der geheimen Anti-Stalin-Rede CHRUSCHTSCHOWs 1956 und den darauf folgenden Sturz des stalinistischen Parteichefs Boleslaw BEIRUT in Polen sowie nach dem im selben Jahr von den Sowjettruppen niedergeschlagenen Ungarn-Aufstand kam es 1957 auch zu Auseinandersetzungen in der SED-Führungsspitze. Eine Gruppe von SED-Spitzenfunktionären wollte 1957 Reformen durchführen und eine Annäherung der DDR an die Bundesrepublik Deutschland erreichen.[82] Die anschließende Säuberungswelle erfaßte 1958 die *Politbüro-Mitglieder* Karl SCHIRDEWAN, ZK-Sekretär und Kandidat für die Nachfolge ULBRICHTs[83], wegen „Fraktionstätigkeit", die in der SED streng verboten war, und Fred OELSSNER, Stellvertretender Regierungschef, wegen Kritik an der Wirtschaftspolitik ULBRICHTs, sowie das *ZK-Mitglied* Ernst WOLLWEBER, Minister für Staatssicherheit, wegen „Fraktionstätigkeit" und Opposition gegen ULBRICHT.

Nach Karl Wilhelm FRICKE gab es zwischen der ZAISSER/HERRNSTADT-Fraktion nicht nur Gemeinsamkeiten in der Zielsetzung, sondern auch in dem Umstand, daß sich wiederum der Chef der Staatssicherheit ZAISSER und sein Nachfolger im Amt WOLLWEBER der parteiinternen Opposition angeschlossen.[84] Beide Oppositionsfraktionen wollten eine langsamere Gangart beim Aufbau des Sozialismus und keine Vertiefung der Spaltung gegenüber der Bundesrepublik Deutschland. Beide hatten sich vorher in Moskau abgesichert, aber das nützte ihnen nicht viel, weil entweder – wie im Fall BERIJA – der Rückversicherer selbst gestürzt wurde oder – wie im Fall CHRUSCHTSCHOW – der Rückversicherer selbst nur mühsam politische Fraktionskämpfe zu überstehen hatte und keine politischen Risiken eingehen wollte. SCHIRDEWAN und WOLLWEBER wurden mit einer strengen Parteirüge bestraft. SCHIRDEWAN übte 1959 Selbstkritik und widerrief seine Abweichungen. Von 1958 bis 1965 war er Leiter der Staatlichen Archivverwaltung der DDR in Potsdam. 1990 wurde er in den PDS-Beirat der Alten aufgenommen. OELSSNER war bis zu seinem Tode 1969 als Direktor des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften der DDR tätig.

Die Kritiker von ULBRICHTs Wirtschaftspolitik endeten mit Selbstmord: 1957 Gerhart ZILLER, ZK-Mitglied und ZK-Sekretär für Wirtschaft, sowie

82 WEBER 1971: 20.
83 FRICKE 1984: 116.
84 FRICKE 1984: 115.

1965 Erich APEL, Politbüro-Kandidat, Vorsitzender der Staatlichen Plankommission und Stellvertretender Regierungschef. ZILLER wurde posthum beschuldigt, zur „parteifeindlichen Gruppe SCHIRDEWAN und WOLLWEBER“ gehört zu haben. APEL versuchte mit anderen Reformern, die Planwirtschaft zurückzudrängen. Den Betrieben sollten weitgehende Rechte zugebilligt werden, und der Gewinn sollte in das Zentrum der Wirtschaftstätigkeit rücken. Außerdem wehrten sich die Reformer gegen Wirtschaftsabkommen, die Ost-Berlin 1965 mit der Sowjetunion unter dem neuen Generalsekretär BRESCHNEW zum Nachteil der DDR schließen mußte und gegen das von Moskau für Ost-Berlin verfügte Verbot, die Handelsbeziehungen zu Westeuropa auszuweiten.

b) *Unter Honecker*

HONECKER entfernte 1985 zwei Politbüro-Mitglieder aus der politischen Führung: den ZK-Sekretär und Ersten Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin, Konrad NAUMANN, sowie den ZK-Sekretär für Westfragen, Herbert HÄBER. NAUMANN kritisierte HONECKER, weil dessen Westpolitik zu wenig die Anliegen der unteren sozialen Schichten, vor allem der Arbeiter, berücksichtige, z. B. derjenigen, die keinen Zugang zu DM hatten und deshalb die DDR-Mangelsituation nicht mittels Westwaren wenigstens punktuell ausgleichen konnten.

HÄBER in seiner Zuständigkeit – seit 1984 als ZK-Sekretär – für die Beziehungen der DDR zur Bundesrepublik versuchte, von ZK-Sekretär MITTAG auch die Zuständigkeit für die innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen zu erhalten. Da die deutsch-deutschen Beziehungen Chefsache waren und MITTAG die Gunst HONECKERs besaß, wurde HÄBER 1985 aus gesundheitlichen Gründen – angeblich wegen Geisteskrankheit – aus dem Politbüro entfernt. NAUMANN wurde Stellvertretender Direktor des DDR-Staatsarchivs in Potsdam und HÄBER in das ZK-Institut für Marxismus-Leninismus abgeschoben.